

Gegen Lohnraub und Arbeitgeberwillkür

Die Ergebnisse der Urabstimmung im Berliner Einzelhandel mit 94-97 % Zustimmung zu Streikaktionen sprechen eine deutliche Sprache. Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht bereit, die Provokationen der Arbeitgeber hinzunehmen. Diese wollen statt Lohnerhöhungen eine 10 % ige Lohnsenkung durchsetzen. Dafür gibt es dann die wage Versprechung auf den Verzicht von betriebsbedingten Kündigungen. Doch wir brauchen beides!

- Keine Lohnkürzungen
- Beibehaltung der 100 %igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- unbefristete Beschäftigungsgarantie für alle

100 % in Ost und West

Die Arbeitgeber stellen die Kolleginnen und Kollegen vor die Alternative: entweder Lohnerhöhung oder die Angleichung der Ost- an die Westlöhne zum 1.1.1998. Damit wird wieder einmal versucht, die Kolleginnen in Ost und West gegeneinander auszuspielen. Dabei sind die 100% schon lange fällig. Denn das, was die KollegInnen im Osten weniger verdienen, sind Extragewinne in den Taschen der Unternehmer.

- Gleicher Lohn in Ost und West

Lohnerhöhungen statt Lohnverluste

Anstatt weiterer Lohnsenkungen brauchen wir eine drastische Lohnerhöhung. Denn die da oben bedienen sich immer unverschämter aus unseren Taschen: Mietsteigerungen, Fahrpreiserhöhungen, Erhöhung der Zuzahlungen zu Arzneimitteln. Und noch nie haben ArbeitnehmerInnen einen so großen Anteil an Steuern und Abgaben an den Staatshaushalt aufgebracht wie heute, während die Steuern für die Unternehmer trotz Rekordgewinnen weiter gesenkt werden. Zudem gehören die Beschäftigten im Einzelhandel zu den am schlechtesten bezahltesten ArbeitnehmerInnen, die schon jetzt mit ihrem Lohn kaum über die Runden kommen.

- Volle Durchsetzung der 3,5 % igen Lohnforderung
- Einführung eines Mindestlohnes von 2 000 DM Netto

Gemeinsamer Kampf ist notwendig

Die Kampfbereitschaft der Beschäftigten ist da. Es

kommt nun darauf an, sie für die Durchsetzung der Forderungen zu nutzen. Mit der berühmten "Nadelstichtaktik" d.h. nur einzelne Betriebe werden in den Streik gerufen, kommen wir nicht weiter. Am wirksamsten wäre ein Vollstreik aller Beschäftigten des Berliner Einzelhandels.

Im letzten Jahr hatte die Arbeitgeberseite die Schaffung von 50 000 Vollzeit Arbeitsplätzen durch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten in Aussicht gestellt. Doch stattdessen wurde und wird die Anzahl der Vollzeit Arbeitsplätze zugunsten von schlecht bezahlten Teilzeitarbeitsplätzen weiter abgebaut. Allein in Westdeutschland sind seit 1992 100 000 Vollzeit Arbeitsplätze vernichtet worden. Es hat sich aber auch bestätigt, daß der Umsatz im Einzelhandel nicht von den Ladenöffnungszeiten, sondern von der Kaufkraft abhängt. Und die ist in den letzten Jahren dank der Politik von Kohl und Konsorten alles andere als gestiegen. Wenn jetzt die gesamte Kampfkraft genutzt wird um die Arbeitgeberprovokation zurückzuweisen, ist es möglich von der Defensive in die Offensive überzugehen. Dann könnte im Streik sogar die Rücknahme der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten durchgesetzt werden

- Vollstreik im Einzelhandel in Berlin
- Rücknahme der Änderung der Ladenöffnungszeiten

Mitmachen bei der SAV

Die **Sozialistische Alternative SAV** ist eine neue Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und sozial Benachteiligte. Wir organisieren Gegenwehr, treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein und sind der Ansicht, daß die Wirtschaft nicht länger vom Profitinteresse der Kapitalisten abhängig sein darf, sondern von den Bedürfnissen der Menschen und der Natur bestimmt werden muß. Unser Ziel ist eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft. In der DDR hat es keinen Tag Sozialismus gegeben, sondern nur die Herrschaft einer abgehobenen Bürokratie.

Kontakt: SAV Berlin, Schönhauser Allee 26 a, 10435 Berlin; Tel./Fax: 030/ 44 084 29, V.i.S.D.P.: Aron Amm

SAV

Sozialistische Alternative